



Bezirksregierung Köln, 50606 Köln

Datum: 29. Mai 2019

Seite 1 von 1

Elektronische Post

An die öffentlichen Schulen
im Regierungsbezirk Köln

Aktenzeichen:

48.1.1. Ra

nachrichtlich:

An die Schulämter
im Regierungsbezirk Köln

Auskunft erteilt:

Frau Ramacher

Mo-Do 9.00 h-12.00 h

yvonne.ramacher@bezreg-
koeln.nrw.de

Zimmer: C 220

Telefon: (0221) 147 - 2550

Fax: (0221) 147 - 4831

An die Träger der Ersatzschulen
im Regierungsbezirk Köln

Protestaktionen im rheinischen Braunkohlerevier sowie Fridays for Future

Informationsschreiben der Polizei Aachen

Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln

Anlagen: - 1 -

DB bis Köln Hbf,
U-Bahn 3,4,5,16,18
bis Appellhofplatz

Sehr geehrte Damen und Herren,

Besuchereingang (Hauptpforte):
Zeughausstr. 8

vor dem Hintergrund der anstehenden Aktionen um „Ende Gelände“ vom 19. – 24.06.2019 im rheinischen Braunkohlerevier sowie Fridays for Future (hier insbesondere eine Aktion in Aachen am 21.06.2019), die möglicherweise in den ganzen Regierungsbezirk hineinwirken, möchte die Polizei Aachen aufklären, welche Formen des Protests erlaubt sind. Damit junge Demonstrationsteilnehmer/innen nicht in die „Strafbarkeits-Fälle“ geraten, hat mich die Polizei gebeten, Ihnen die anliegenden Informationen zur Weitergabe an Eltern, Schülerinnen und Schüler zuzuleiten.

Telefonische Sprechzeiten:
mo. - do.: 8:30 - 15:00 Uhr

Besuchertag:
donnerstags: 8:30 - 15:00 Uhr
(weitere Termine nach
Vereinbarung)

Bezüglich der Aufsicht und Schulpflicht während der Demonstrationen von Fridays for Future während der Schulzeit verweise ich auf meine Rundmail vom 17.01.2019.

Landeshauptkasse NRW:
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN:
DE59 3005 0000 0001 6835 15
BIC: WELADEDXXX
Zahlungssavise bitte an
zentralebuchungsstelle@
brk.nrw.de

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Kuhle)

Hauptsitz:
Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln
Telefon: (0221) 147 - 0
Fax: (0221) 147 - 3185
USt-ID-Nr.: DE 812110859

poststelle@brk.nrw.de
www.bezreg-koeln.nrw.de



Polizeisondereinsätze Ende Gelände 2019 / Fridays for Future Die Polizei Aachen informiert

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Eltern,
liebe Schülerinnen und Schüler,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie über die Demonstrationen „Fridays for Future“ (FfF) am 21.06.2019 in Aachen sowie „Ende Gelände“ in der Zeit vom 19.06.-24.06.2019 im rheinischen Braunkohlerevier informieren.

Am Freitag, den 21.06.2019, finden in Aachen mehrere Demonstrationen und Versammlungen im Rahmen von „FfF“ statt. Der Protest von Ende Gelände startet bereits zwei Tage zuvor. Wir als Polizei möchten, dass die Fridays for Future-Veranstaltungen auch weiterhin ein Beispiel für friedlichen Protest darstellen. Wir appellieren deshalb an alle, die im Rahmen unserer Gesetze demonstrieren wollen: Halten Sie sich von gewaltbereiten Gruppierungen von „Ende Gelände“ fern, lassen Sie sich nicht für illegale Aktionen instrumentalisieren! Tappen Sie nicht in die „Strafbarkeitsfalle“, weil Sie glauben sich mit zivilem Ungehorsam für die gute Sache einzusetzen. Als Beispiel sei hier die über einen längeren Zeitraum andauernde absichtliche Blockade als Demonstrationsform genannt - diese Art der Meinungsdarstellung ist nicht erlaubt. Langanhaltende Blockaden wird die Polizei konsequent unterbinden.

Wer sich gewaltbereiten Gruppierungen von Ende Gelände anschließt und / oder sich an Laufspielen beteiligt, ist in der Gefahr, selbst in aggressive Auseinandersetzungen zu geraten. Insbesondere dann, wenn die Störer von Ende Gelände gefährliche Aktionen durchführen und Straftaten begehen. Diese wird die Polizei konsequent verfolgen und die Beteiligten müssen mit der Einleitung von Strafverfahren rechnen. Gruppen können dafür von der Polizei „eingeschlossen“ werden. Außerdem kann eine Person in Gewahrsam genommen werden, um die Begehung weiterer Straftaten zu verhindern.

Auch der Schutz privater Rechte obliegt der Polizei. Zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wird die Polizei den Geschädigten die entsprechenden Personalien aushändigen. In der Vergangenheit hat es bereits Fälle gegeben, in denen großer Schaden im Rahmen von demonstrativen Aktionen an Privateigentum entstanden ist. Im Ergebnis sind dabei kürzlich sechs Straftäter vom Gericht zu einer Zahlung in Höhe von 2,1 Millionen Euro Schadensersatz verurteilt worden.

Für Fragen hat die Polizei Aachen ab dem 19.06.2019 unter der Rufnummer 02 41 - 95 77 210 13 ein Bürgertelefon geschaltet. Informieren Sie sich bitte auch über unsere Internetseite (<https://aachen.polizei.nrw>), die sozialen Kanäle und die Medien.

Ihre Polizei Aachen

Thomas Dammers
Polizeilicher Einsatzleiter